

**Dr. Jürgen Stark**  
Vizepräsident der Deutschen Bundesbank

**Statement zur Pressekonferenz**

in Frankfurt am Main  
am Dienstag, 7. Dezember 2004

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 8

## I. Internationales Finanzsystem

- Positives Gesamtbild des globalen Finanzsystems insbesondere infolge des 2004 verbesserten makroökonomischen Umfelds (Stabilitätsbericht Deutsche Bundesbank Oktober 2004).
- "Financial intermediaries, banks and non-banks alike, have strengthened their balance sheets to a point where they could, if necessary, absorb considerable shocks." und "... trend toward risk diversification away from banks, indeed increasingly away from the financial sector as a whole, fundamentally helped the financial system to weather financial shocks." (Global Financial Stability Report, IWF September 2004)

Trotzdem verbleiben Risiken (neben Korrektur globaler Leistungsbilanz-ungleichgewichte):

- Zinsrisiko
  - Rückschlagspotential an Bondsmärkten (einschließlich EME-Anleihen).
  - Verschuldung öffentlicher Haushalte.
  - In einigen Ländern deutlicher Anstieg der Verschuldung privater Haushalte und kräftige Preissteigerungen auf Immobilienmärkten.
- Hohe Zuflüsse in Hedgefonds erfordern erhöhte Wachsamkeit.

## II. IWF-Geschäftspolitik – Ausblick 2005

### 1. Rolle des IWF

#### 3 Kernpunkte aus Sicht der Bundesbank:

- Finanzielle Integrität des IWF muss gewahrt bleiben.
- IWF ist eine monetäre Institution und darf nicht die Rolle eines Versicherers für Schwellenländer übernehmen (moral hazard).
- Keine monetäre Finanzierung von Entwicklungshilfe.

Priorität: Umsetzung beschlossener Reformen haben Vorrang vor neuen Initiativen.

### 2. Wahrung finanzieller Integrität des IWF

- Risiken im Kreditportfolio des IWF (70 % der Kredite entfallen auf die Schwellenländer).
- Verdoppelung der Risikorücklagen auf 15 Mrd. US-Dollar bereits im November 2002 beschlossen.
- "Exceptional Access Framework" im September 2002 verabschiedet. Außergewöhnlicher Zugang nur, wenn folgende 4 Kriterien erfüllt sind:

1. akuter außergewöhnlicher Kapitalbilanzdruck
2. durchhaltbare Schuldensituation
3. Erwartung des baldigen Wiedereintritts zum Kapitalmarkt während Programmlaufzeit und
4. starkes Programmdesign und Implementierung.

### **3. Strategic review**

- Handeln im Rahmen des Mandats.
- "Precautionary Exceptional Access" versus "Non Borrowing Programmes" als Ausstiegsstrategie aus IWF-Unterstützung.
- Politik gegenüber Niedrigeinkommensländern.
- Grenzen des IWF Mandats.
- Politik im Dilemma bei HIPC und Jahrtausendziele (keine monetäre Finanzierung).

### **III. Stabilitäts- und Wachstumspakt**

#### **1. Glaubwürdigkeit des finanzpolitischen Rahmens in Europa gefährdet**

- Solide öffentliche Finanzen wichtige Flankierung einer stabilitätsorientierten Geldpolitik in EWU.
- Maastricht-Vertrag und Stabilitäts- und Wachstumspakt schaffen grundsätzlich geeignete Rahmenbedingungen zur Gewährleistung gesunder Staatshaushalte in Europa.
- Derzeit in vielen Ländern problematische Haushaltsslage zu verzeichnen. Dabei spielt ungünstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch eine Rolle. Entscheidend aber überwiegend, dass vor allem in guten Zeiten keine ausreichend solide Grundposition erreicht wurde.
- Grundproblem nicht dadurch zu lösen, dass Regeln aufgeweicht werden.

#### **2. Politische Verpflichtung im Maastricht-Vertrag und im Stabilitäts- und Wachstumspakt**

##### **a) Maastricht-Vertrag**

Art. 104 (1) "Die Mitgliedstaaten vermeiden übermäßige öffentliche Defizite."

b) Entschließung des Deutschen Bundestages zum Vertrag vom 07. Februar 1992 über die Europäische Union

"Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft der mit dem Maastrichter Vertrag eingegangenen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, übermäßige Defizite zu vermeiden, Rechnung zu tragen."

c) Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt vom 17. Juni 1997

"Der Europäische Rat unterstreicht die Bedeutung der Gewährleistung gesunder Staatsfinanzen als Mittel zur Verbesserung der Voraussetzungen für Preisstabilität und für ein starkes, nachhaltiges und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderliches Wachstum. Ferner ist sicherzustellen, dass die nationalen Haushaltspolitiken stabilitätsorientierte Geldpolitiken unterstützen. Das Festhalten an dem Ziel eines soliden, nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuß aufweisenden Haushalts wird es allen Mitgliedstaaten ermöglichen, die normalen Konjunkturschwankungen zu bewältigen und dabei das öffentliche Defizit im Rahmen des Referenzwerts von 3 % des BIP zu halten."

"Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, das ... festgelegte mittelfristige Haushaltsziel eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuß aufweisenden Haushalts einzuhalten... ."

"Der Rat ist einer strikten und rechtzeitigen Durchführung aller in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Bestandteile des Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet."

### 3. Kriterien für finanzpolitischen Rahmen

- Einfachheit
- Transparenz
- Operationalität
- Gleichbehandlung

### 4. Reformvorschläge (u.a.)

- Länderdifferenzierung nach
  - Schuldenstand
  - Wirtschaftswachstum bzw. Wirtschaftslage
  - Bedarf an Strukturreformen und öffentlichen Investitionen
- Kommission argumentiert mit Heterogenität der erweiterten EU.
- Weitere Vorschläge: Herausrechnung einzelner Ausgabekategorien.

---

## 5. Wertung

- Bei Berücksichtigung länderspezifischer Gegebenheiten würden Regeln komplexer, intransparenter und weniger durchsetzbar.
- Ausnahmen würden zur Regel erhoben.
- Die Definition des mittelfristigen Ziels "nahezu ausgeglichener Haushalt oder Überschüsse" würde gelockert.
- Erweiterte Ausnahmetatbestände und längere Fristen zur Defizitkorrektur weichen 3%-Grenze auf.
- Glaubwürdigkeit von Sanktionen würde gemindert. Bindungswirkung der Regeln würde verringert und Einfallstor für an kurzfristigen politischen Motiven ausgerichteten Entscheidungen vergrößert.
- Herausrechnung einzelner Ausgabenkategorien würde faktisch bedeuten, dass die 3%-Grenze aufgegeben wird.

Dies steht nicht im Einklang mit den politischen Grundverpflichtungen beim Start der Währungsunion und führt zur zusätzlichen Belastung derzeitiger und nachfolgender Generationen.

\* \* \*